

Personal- und Organisationsamt

Sitzungsdrucksache Nr. 321/2005/1
-öffentliche Sitzung-**B e s c h l u s s v o r l a g e****TOP: Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006; 1. Ergänzung****Vorgesehene Beratungsfolge:**

Rat der Stadt Lüdenscheid

Hauptausschuss

Termine:

12.06.2006

29.05.2006

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen

Begründung:

Der Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung hat in seiner Sitzung am 30.03.2006 den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 beraten.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Anpassungen des Stellenplans ergeben sich dabei aus der mit Einbringung des Stellenplans am 12.12.2005 vorgelegten Übersicht der vorgeschlagenen Änderungen (73 Änderungsvorschläge).

Nach Behandlung im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung ergeben sich folgende Empfehlungen:

- a) Neuschaffung einer Beschäftigten-Planstelle nach Entg.-Gr. 3 TVöD (Ifd. Nr. 57 der Übersicht)

Der Vorschlag wird durch die Verwaltung zurückgezogen.

- b) Anbringung eines globalen ku-Vermerks („21 Planstellen ku in Planstellen von zweiten Fachkräften nach Entg.-Gr. 5 bei geringerem besonderen Betreuungsbedarf durch ASD/SPFH in der Einrichtung als 3 Kinder gemäß jeweiliger Beurteilung durch das Jugendamt“) an alle Planstellen von Erzieher/innen (außer Funktionsstellen) in den städtischen Kindertagesstätten

Grundlage des Vorschlags bildet der vorliegende und als Anlage beigefügte gemeinsame Antrag von CDU, SPD, B90/Grüne, LL, AFL. Wegen einer nicht möglichen eindeutigen Ausweisung der jeweils in Betracht kommenden Zweitkraftstellen scheidet eine Beschränkung des ku-Vermerks auf 21 Planstellen aus. Statt dessen wird vorgeschlagen, den dargestellten globalen ku-Vermerk an allen Erzieher/innen-Planstellen anzubringen.

Den gemeinsamen Antrag hat der Ausschuss bei einer Gegenstimme empfohlen.

Im übrigen wurde der Stellenplan unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen einstimmig empfohlen.

Zusätzlich werden durch die Verwaltung folgende kostenneutrale Ergänzungsanträge gestellt:

- c) Verlagerung der nach Besoldungsgruppe A 11 BBesG ausgewiesenen und zur Hälfte blockierten Planstelle 14/04/05 vom Rechnungsprüfungsamt zum Personal- und Organisationsamt (Personalpool) bei gleichzeitiger Aufhebung der Blockierung und Anbringung eines kw-Vermerks

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Zuge der Maßnahmen zur Haushaltssicherung und angesichts der auslaufenden befristeten und zur Verlängerung anstehenden Teilzeitvereinbarung der Stelleninhaberin darauf hingewiesen, dass auf die (halbe) Planstelle ab 01.03.2006 dauerhaft verzichtet werden kann.

Die Stelleninhaberin ist zwischenzeitlich als Prüferin abberufen worden und wird seitdem und bis auf weiteres zur Wahrnehmung von Koordinierungsaufgaben zwischen Stadt und ARGE, und zwar im Umfang von 25 Wochenstunden, im Sozialamt eingesetzt. Eine freie Planstelle steht dort aber derzeit nicht zur Verfügung.

Da es sich bei der Stelleninhaberin um eine Beamtin handelt, ist es aus stellenplan-technischen Gründen zwingend erforderlich, dass eine mit ausreichendem Stundenumfang versehene Beamten-Planstelle zur Verfügung steht. Es wird deshalb vorgeschlagen, den an der Planstelle angebrachten Blockierungsvermerk aufzuheben und die Planstelle zum Personal- und Organisationsamt (Personalpool) zu verlagern. Es ist vorgesehen, den Einsatz der Mitarbeiterin im Sozialamt aus dem Personalpool heraus vorzunehmen. Zudem kann ein ku-Vermerk angebracht werden.

- d) Änderung des an der nach Besoldungsgruppe A 10 BBesG ausgewiesenen Beamten-Planstelle 11/22/05 angebrachten Blockierungsvermerks von „13,5 Wochenstunden blockiert“ in „4 Wochenstunden blockiert“
- e) Umwandlung der nach Entgeltgruppe 9 TVöD ausgewiesenen Beschäftigten-Planstelle 11/28/05 von einer halben Planstelle in eine volle Planstelle bei gleichzeitiger Anbringung eines Blockierungsvermerks „15,25 Wochenstunden blockiert“

Die in der ARGE eingesetzten Stelleninhaberinnen haben im Einvernehmen mit der ARGE beantragt, die zu leistende wöchentliche Arbeitszeit auf 37 Wochenstunden bzw. 23,25 Wochenstunden zu erhöhen. Dies erfordert eine Anpassung der betroffenen Planstellen.

Lüdenscheid, den .05.2006

In Vertretung:

Blasweiler
Stadtkämmerer

Anlage/n:

Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, B90/Grüne, LL, AFL zur Besetzung der zweiten Fachkraftstellen in den Gruppen der städtischen Kindertagesstätten